

Krieg in der Ukraine

Sondervermögen für Frieden und Klimarettung!



Foto: Philip Eichler

Inhalt

Debatte

Waffenlieferungen – 2/3 –

Hintergrund

Energieunabhängigkeit – 4 –

Entlastungspaket – 5 –

Feministische Globalisierungskritik – 8 –

Kalender

Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

Impfpatente – 9 –

Abschied von Attac – 9 –

Portrait

Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

Neu im Webshop – 11 –

Über Waffenlieferungen an die Ukraine wird dieser Tage heiß diskutiert, nicht nur innerhalb der emanzipatorischen Linken. Auch in Attac gibt es dazu unterschiedliche Standpunkte, denen wir versuchen, Debattenraum zu geben (so auch auf den Seiten zwei und drei in diesem Rundbrief). Dem legitimen Anspruch der Ukraine, sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Armee zu verteidigen, steht dabei das traditionelle Engagement der Friedensbewegung entgegen, das sich vor vierzig Jahren im Berliner Appell in dem Slogan »Frieden schaffen ohne Waffen« manifestierte.

Die Welt hat sich seitdem verändert. Die Auseinandersetzungen verlaufen nicht mehr entlang Systemgrenzen, geopolitisch stehen sich unterschiedliche Akteure mit unterschiedlich ausgeprägten und ausgelebten imperialen

Ansprüchen gegenüber. Doch schon der Rüstungswettlauf der damaligen Blockstaaten zeigte, dass echter Frieden mit Aufrüstung nicht zu erreichen ist, erst recht nicht im Atomzeitalter. Den Besitz auch nur einer funktionierenden Atombombe können auch tausende Panzer nicht ausgleichen, wenn die Atommacht tatsächlich zum Äußersten bereit ist.

Schon heute ist die Nato Russland militärisch mehrfach überlegen. Das konnte den autoritären Großmachtfantasien Putins nichts entgegensetzen und den Angriff auf die Ukraine nicht verhindern. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, warum jetzt aktionistisch die Bereitstellung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr durchgewinkt werden soll.

Statt in die Aufrüstungslogik des Kalten Krieges zurückzufallen, sollte der Blick auf frie-

denschaffende und -erhaltende Maßnahmen gerichtet werden. Aktive Friedenspolitik kann dabei an mehreren Stellen konstruktiv ansetzen: So schafft soziale Ungleichheit innerhalb und zwischen Gesellschaften Konfliktherde; die Schere zwischen Arm und Reich weltweit zu schließen, muss daher als elementarer Teil von Friedenspolitik verstanden werden. Auch die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern macht Kriege um Öl und Gas obsolet. Und schließlich sind auch die massive Reduktion von CO₂ und die Verhinderung des Klimakollapses durch eine sozial-ökologische Transformation friedenserhaltende Maßnahmen, denn Klimagerechtigkeit beseitigt Konflikursachen.

Wenn 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden können, müssen sie in nachhaltige Friedenspolitik investiert werden!

Waffen für die, die im Recht sind?

Ich gehöre schon lange zu denen, die verbreitete linke Weltbilder oft für wenig tiefgehend halten. Ich fürchte und habe es gelegentlich auch erlebt, dass solche Weltbilder der Widersprüchlichkeit und Komplexität der Wirklichkeit nicht standhalten. Aber wenn man solche Ansichten pflegt, muss man aufpassen, dass man nicht ganz einfache Einsichten außer Acht lässt, die sich in der wirklichen Welt immer wieder bewähren, und auch das ist mir schon widerfahren.

Ich plädiere trotzdem nicht für einen Mittelweg; den kann es bei der Suche nach Einsichten nicht geben, der gehört in die praktische Politik, die aus den Ansichten folgt. Ich plädiere für eine radikale Ehrlichkeit bei der Frage, wo linke Weltbilder sich als unzulänglich oder sogar irreführend erwiesen haben, und für eine ebensolche Radikalität bei der Einschätzung, welche unserer herkömmlich für richtig gehaltenen Überzeugungen nach wie vor richtig sind.

Wenn Russland die Ukraine völkerrechtswidrig überfallen hat, wenn die Ukraine nach demselben Völkerrecht legitimiert ist, sich auch und gerade militärisch zu verteidigen, wenn Russland mitnichten ein kleiner Rest der Sowjetunion ist und die Ukraine kein faschistischer Staat, wenn die konkrete Art der Kriegsführung seitens der russischen Armee nicht nur zahllose zivile Opfer, sondern auch regelmäßige Kriegsverbrechen einschließt, kann man es dann den Ukrainer*innen verdenken, wenn sie alle möglichen Waffen haben wollen, um sich dagegen zu wehren?

Nein, das kann man natürlich nicht, aber man kann sich als nichtukrainische*r Linke*r fragen, ob die Erschütterung alter Gewissheiten wirklich alles betrifft, das hier zur Debatte steht. Und da gibt es zumindest drei Gewissheiten, die aus meiner Sicht nicht erschüttert sind:

1. Im zwischenstaatlichen Krieg gibt es für keine emanzipatorische Position etwas zu gewinnen.

Wohlgemerkt, ich argumentiere nicht pazifistisch. Ich weiß, dass es Situationen gibt, in denen bewaffnete Kämpfe notwendig sind. Das betrifft nicht nur Aufstände unterdrückter Klassen oder Bevölkerungsteile, sondern auch Situationen, in denen die mehr oder weniger vollständige Vernichtung der einen Seite angestrebt wird, wie seitens der Deutschen in Osteuropa im Zweiten Weltkrieg oder beim Bürgerkrieg in Ruanda.



Foto: Philip Eichler

Die nicht erschütterte Gewissheit wäre also präziser zu fassen: Die Ablehnung des imperialistischen Krieges bleibt ein linkes Muss. Das schließt auch den Widerstand gegen imperiale Projekte ein, die (noch) nicht in Krieg übergegangen sind. Bei aller Solidarität mit den leidenden Menschen in der Ukraine, bei aller Offensichtlichkeit, dass sie zu Opfern werden unabhängig davon, wofür sie politisch oder persönlich stehen, bei allem Verständnis, dass sie sich verteidigen wollen, dürfen wir Linke hier dabei nicht Teil des imperialen Projekts Nato werden.

2. Solidarität gelingt nicht militärisch.

Ich höre meine linken Freund*innen sagen, es müsse eine Solidarität mit den Opfern geben. Ja, muss es. Aber die gelingt militärisch nicht. Raul Zelik hat neulich dafür vier gute Gründe genannt. Erstens: Wir sollten die Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik nicht akzeptieren (und damit die Nation, füge ich hinzu). Zweitens: »Wir«, wir Linke, agieren hier nicht; die Nato agiert, liefert Waffen, unterstützt den Krieg. Drittens: Es ist unklar, wer eigentlich genau stärker wird durch immer mehr Waffen in der Ukraine, in welche Hände sie kommen und wer damit was macht, sollte die Ukraine den Krieg gewinnen. Und schließlich viertens: Die Gefahr der Eskalation ist nicht von der Hand zu weisen. Dazu kommt als

überzeugendstes das Argument aus dem Bund für Soziale Verteidigung: Was ist am Ende eines gewonnenen Krieges von dem denn noch da, das hatte geschützt werden sollen?

Nicht zu erschüttern ist also die Gewissheit, dass die Logik des Militärischen, wenn sie denn einmal Platz greift, alles bestimmt, allem und allen ihre Gestalt aufzwingt. Das gilt übrigens, wie man bei der stalinistischen Guerilla Sendero Luminoso in Peru beobachten konnte, nicht nur für staatliche, sondern auch für Bürgerkriege.

3. Wir Linken sind keine Handlungsmacht.

Aus dem Gesagten ergibt sich eine dritte uner-schütterliche Gewissheit: Wir emanzipatorischen linken Kräfte sind in diesem Krieg völlig bedeutungslos. Es spielt keinerlei Rolle, wofür oder wogegen wir plädieren. Dies gilt für den Moment; damit das nicht so bleibt, sollten wir darüber diskutieren, wie wir wieder interventionsfähig werden können, damit es wieder einen Unterschied macht, ob wir dies oder jenes tun. Aber für den Augenblick müssen wir der Versuchung widerstehen, uns in eine Handlungsmacht zu imaginieren, die wir nicht sind.

Werner Rätz ist Gründungsmitglied von Attac Deutschland und Mitglied im Koordinierungskreis.

Die Ukrainer*innen alleine lassen, oder ihnen bei der Selbstverteidigung helfen?



Foto: Philip Eichler

Die bis zuletzt herrschende deutsche Außen-, Handels- und Energiepolitik steht angesichts des Überfalls von Putins Armee auf die gesamte Ukraine vor einem Scheiterhaufen: Es gab keinen »Wandel durch Handel«; ganz im Gegenteil kann angesichts dieses Angriffskriegs – sicherlich nicht zum ersten und vor allem wohl aber nicht zum letzten Mal – festgestellt werden: Die neoliberale Idee, dass die wesentlichen Fragen des (Über-)Lebens und der Menschlichkeit mit Mitteln der globalen kapitalistischen Marktwirtschaft zu lösen seien, funktioniert nicht.

Analytisch versagt haben aber auch weite Teile der im Kalten Krieg entstandenen deutschen Friedensbewegung: Es wurde nahezu ignoriert, wie Wladimir Putin sich beispielsweise unter dem Einfluss des neofaschistischen Philosophen Alexander Dugin und des christlich-nationalistischen Patriarchen »von Moskau und der gesamten Rus«, Kyrill I., radikalisiert hat.

In der Annahme einer fast alleinigen Verantwortung der Nato für die Kriege der vergangenen Jahrzehnte wurde von manchen selbst bis wenige Stunden vor der massiven Ausweitung des eigentlich schon 2014 begonnenen Kriegs ausgeblendet, dass sich im Kreml ein autoritärer Herrscher etabliert hat, der neben der massiven Unterdrückung bis hin zur Liquidierung oppositioneller Kräfte im Inne-

ren schon vor dem Angriff vom 24. Februar eine aggressiv-imperialistische Agenda nach außen verfolgt hatte.

Attac ist Teil der deutschen Friedensbewegung, die ihre bisherigen Einschätzungen inzwischen in großen Teilen kritisch hinterfragt. Dazu gehört eine zivilgesellschaftliche Debatte, die uns angesichts der zwischenzeitlich bekannt gewordenen Kriegsverbrechen der russischen Armee an neue Grenzen führt.

In dieser ist es meines Erachtens essenziell, sich mit der Situation der unmittelbar bedrohten Menschen zu befassen: Vor dem tatsächlichen Brand des eingangs beschriebenen Scheiterhaufens westlicher Politik stehen schließlich in erster Linie die Ukrainer*innen – nicht wir. Es wäre als Bewohner*in eines unfassbar reichen und an der globalen Klima- und Naturkatastrophe unverhältnismäßig schuldigen Landes zynisch zu sagen: Während wir uns zur Zurückdrängung des mächtigen Energielieferanten Russland selbst zwei Monate nach dessen Angriffskrieg nicht auf ein Tempolimit einigen können, versagen wir der Ukraine die Chance auf die Beibehaltung ihrer Unabhängigkeit.

Ich halte es für legitim, dass die Menschen in der Ukraine gemeinsam mit den von ihnen demokratisch legitimierten Vertreter*innen den Weg der Selbstverteidigung wählen. Sie wehren sich gegen die drohende Aufgabe fast

jeglicher Selbstbestimmungsrechte, ob diese wie Mitbestimmung durch demokratische Wahlen im politischen Bereich oder durch die Rechte von FLINTA*s im privaten Bereich liegen – dies zeigt nicht zuletzt der Blick nach Belarus. Und es ist alles andere als auszuschließen, dass es um noch mehr geht: Die Ukraine wird womöglich nicht der letzte Staat sein, den Putins Armee überfällt. Diese führt inzwischen bereits den vierten Krieg, und es ist nachvollziehbar, dass sich weitere osteuropäische Staaten durch Putins Traum von der vereinten Rus, also eine gedachte Gesamtheit aus Russland, der Ukraine und Belarus, spätestens jetzt massiv bedroht fühlen.

Putin hätte meines Erachtens bereits 2014 mit Sanktionen gestoppt werden müssen, die heute nur noch eingeschränkt wirken können und zu erweitern wären. Wo wir zu diesem Zweck heute (nur noch) die Entscheidung haben, die finanziellen Grundlagen der russischen Aggression durch ein uns in Deutschland selbst massiv schadenendes Energieembargo auszutrocknen oder die Verteidigung der Ukraine durch umfassende Waffenlieferungen zu unterstützen, plädiere ich für ersteres. Aber im Zweifel bedarf es auch der sofortigen Lieferung von militärischem Gerät an die Ukraine, um den Krieg, der sich schnell auf weitere Staaten ausweiten kann, einzudämmen.

Eine Gewissheit sollte alldem gegenüber für uns alle gelten: Die geplante Aufrüstung Deutschlands müssen wir aufs Schärfste zurückweisen. Nicht nur, dass diese der Ukraine derzeit nicht hilft, sondern der Hilfe für die Ukraine mit Rücksichtnahme auf eigene Interessen aktuell sogar ganz explizit gegenübergestellt wird. 100 Milliarden für die Bundeswehr und die Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels im Rahmen der Nato bringen neben dem bedingungslosen Einlassen auf eine militärische Logik des Kriegs mit den in der Folge notwendigen Einsparungen im Bundeshaushalt nicht nur drastische soziale Folgen im Inneren, sondern auch massive globale Auswirkungen mit sich. Die Mittel, die in deutsche Aufrüstung investiert werden sollen, braucht es dringend für die Verhinderung künftiger Kriege – zu deren Ursachen gehören auch in Zukunft vor allem Armut, Hunger und im 21. Jahrhundert insbesondere der Klimawandel und die globale Naturzerstörung.

Judith Amler ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und unter anderem aktiv in der AG Attac gegen rechts.

Mit den vier »E«s zu mehr Energieunabhängigkeit

Power to the people

Der Ukrainekrieg hat das Thema »Erneuerbare Energien« unfreiwillig in den Fokus gerückt. Gut, wenn der Ersatz von Öl und Gas durch »Erneuerbare« beschleunigt und der Versuch, Kohle und Atomstrom wieder salonfähig zu machen, abgewehrt wird. Angesichts des neuesten IPCC-Berichts verträgt der Ersatz der fossilen Energien durch »Erneuerbare« auch nicht eine Minute Aufschub.

Dabei muss der Kampf für eine radikale Energiewende auf vierfache Weise geführt werden. Erstens müssen alle fossilen Energien zügig durch Erneuerbare ersetzt werden. Besonders bei Solarstrom liegt viel Potenzial brach, wenn bisher nur sieben Prozent der geeigneten Dächer mit Panels bestückt sind. Hier sollten Verfahren vereinfacht und finanzielle Anreize geschaffen werden. Zweitens durch Energiesparen, vorrangig beim Verkehr. Der Irrsinn, dass täglich Millionen von immer schwereren Autos mit einer Person bestückt immer mehr fossile Energie verbrauchen, muss durch eine Mobilität für alle mit Bus und Bahn ersetzt werden. Drittens durch Energieeffizienz, besonders bei ökologischem Bauen und energetischer Bausanierung. Wärmedämmung darf dabei aber kein Vorwand sein, um Mieter*innen zu verdrängen und zu »ökologischer Gentrifizierung« zu führen. Viertens durch Entlastung für diejenigen, die durch die Energiewende finanziell hart getroffen werden.

Attac fordert zusammen mit anderen Organisationen, die 100 Milliarden Euro, die im März kurzfristig für Kriegswirtschaft hervorgezaubert wurden, für sozial-ökologischen Umbau einzusetzen. Dafür werden wir weiter kämpfen. Wie verlässlich ist die Ankündigung der Bundesregierung, bis 2026 auch 200 Milliarden Euro für den klimafreundlichen Umbau bereitzustellen, wenn sie noch nicht mal bereit ist, als Sofortmaßnahme ein Tempolimit auf 120 km/h auf Autobahnen zu beschließen? Das würde den Treibstoffverbrauch aus dem Stand um neun Prozent senken! Hier zeigt sich der Einfluss der Konzernlobby und ihrem politischen Sprachrohr FDP mit ihrem Mantra der freien Bürger*innen in einem freien Markt.

Aber ohne Reglementierungen wird es nicht gehen. Marktwirtschaftliche Instrumente, die die Klimakrise hervorgebracht haben, taugen nicht zu ihrer Beseitigung. Private Konzerne können nicht nachhaltig wirtschaften. Unser Ziel muss gemeinwirtschaftliche Energieerzeugung und -versorgung sein. Die vielen Energie-



Foto: Stephanie Handtmann

genossenschaften im Land sind gute Beispiele für funktionierende »Bürgerenergie«.

Dass die Energiepreise so stark steigen, ist zum großen Problem für viele geworden. Die Ursachen sind komplex, aber letztlich einem kapitalistisch organisierten Weltmarkt geschuldet, in dem Fördermengen an Gewinnerwartungen geknüpft sind oder Konzerne ihre Marktposition schamlos ausnutzen, um Preiserhöhungen beizubehalten, auch wenn der Anlass längst passé ist. Auch da hilft nur Vergesellschaftung.

Steigende Energiekosten für Verbraucher*innen treffen ärmere Menschen besonders hart. Die beschlossene Energiepreispauschale von 300 Euro für Steuerpflichtige, 200 Euro für Sozialleistungsempfänger und 100 Euro pro Kind reichen dafür nicht aus und sind sozial ungerecht, da sie Gutverdienende begünstigen, aber Rentner*innen ausschließen (Stand 9.5.22). Die zusätzlich beschlossenen Steuerentlastungen bei Benzin und Diesel sind zudem klimapolitisches Gift.

Die eingeführte CO₂-Bepreisung trägt ebenfalls zur Verteuerung der Energiekosten bei. Sie kann jedoch neben ordnungspolitischen Maßnahmen auch klimapolitisch sinnvoll steuern und so der Klimakrise entgegenwirken. Damit dadurch bedingte Preiserhöhungen von der Bevölkerung akzeptiert werden und Umweltpolitik nicht

zum Elitenprojekt wird, ist sozialer Ausgleich nötig. Am gerechtesten unter den diskutierten Modellen erscheint dafür ein »Klimageld« als Pro-Kopf-Pauschale. Es bewirkt für niedrigere Haushaltseinkommen eine im Verhältnis stärkere Entlastung und honoriert ihren kleineren ökologischen Fußabdruck.

Energieunabhängigkeit kann also ein sinnvoller Schritt für eine Energiewende sein – die Debatte sollte aber nicht nur in Hinblick auf Russland im Stil eines »Energienationalismus« geführt werden. Ein Energieembargo gegen Russland kann richtig sein, um einen Krieg zu stoppen. Daraus die Forderung nach nationaler Energieunabhängigkeit zu machen, engt den Blick und die Möglichkeiten ein. Es ist von Vorteil, wenn Strom aus Sonne, Wind und Wasser weitgehend regional erzeugt und verteilt wird. Aber Regionalität hat nichts mit nationalen Grenzen zu tun. Es kann sinnvoll sein, dass nordafrikanische Länder Solarenergie nach Europa liefern, sofern der eigene Bedarf gedeckt ist und sie nicht durch Verträge geknebelt sind. Es kann sinnvoll sein, dass Norwegen überschüssigen Strom aus Wasserkraft exportiert. Wir brauchen eine echte Energiewende statt Chauvinismus und Großmachtstreben!

Achim Heier ist bei Attac aktiv zum Thema Sozialökologische Transformation.

Entlastungspaket der Bundesregierung

Unzureichendes Strohfeuer statt nachhaltiger Umsteuerung



Foto: Stephanie Handtmann

Die von der Bundesregierung als Entlastung geplanten Maßnahmen unterstützen die besonders belasteten Haushalte völlig unzureichend. Außerdem handelt es sich überwiegend um Einmalmaßnahmen. Sie bringen eine kurzzeitige Entlastung, ändern aber nichts an der prinzipiellen Schiefelage der Gesamtausrichtung der staatlichen Maßnahmen.

»Die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer großen Belastung geworden«. Dies, so die Bundesregierung in ihrer Begründung für das geplante Maßnahmenpaket weiter, bedürfe der weiteren Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Die Maßnahmen sollen den Energieverbrauch drosseln, die Energieeffizienz steigern, die Energiepreise senken und auch direkte finanzielle Unterstützung bereitstellen.

Nun treffen die massiven Preiserhöhungen in den oben genannten Bereichen nicht alle Haushalte gleich. Gerade die Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen geben einen erheblich höheren Anteil ihrer Einkünfte dafür aus, als die Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen.

Die geplanten Maßnahmen werden aber nicht zielgenau ausgerichtet; stattdessen wird das Geld nach dem Gießkannenprinzip verteilt und landet so teilweise auch bei Einkommensgruppen, die einer Unterstützung nicht bedürfen. So dürfte das pauschal ausgezahlte Energiegeld – 300 Euro an alle einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätige – rund 13 Milliarden Euro kosten, während für die zielgerichteten Maßnahmen wie den Familienzuschuss, die Anpassung der Sozialleistungen und den Heizkostenzuschuss nur

2,3 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Es kommt also nur ein kleiner Teil denjenigen zugute, die am dringendsten unterstützt werden müssten. Auch die Einbeziehung der Rentner*innen, der Studierenden und anderer Menschen, die Lohnersatzleistungen beziehen, ist dabei nicht geklärt.

Eine weitere Komponente des Pakets, der Tankrabatt – denn nichts anderes ist die »Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe« – begünstigt besonders hohe Einkommen. Gerade diese Haushalte, die in den letzten Jahren trotz Pandemie ihre Einkommenssituation vielfach verbessern konnten, werden nun besonders unterstützt. Diese Einkommensgruppe fährt viel, und sie fährt die Fahrzeuge mit hohem Spritverbrauch. Sie werden daher von einem erklecklichen Anteil der geschätzten drei Milliarden Euro an Kosten für die Steuerabsenkung profitieren. Dabei wird offensichtlich, dass diese Maßnahme neben der völlig unangebrachten Subventionierung auch dem dringend notwendigen Ziel zuwiderläuft, den Energieverbrauch zu senken.

Die Einführung des 9-Euro-Monatstickets für den ÖPNV macht auf den ersten Blick einen guten Eindruck, wird aber sicherlich auch zu viel Frust führen. So werden in den Großstädten die Beförderungskapazitäten nicht ausreichen, und in den Regionen hilft das billige Ticket nichts, wenn der Bus nur zwei Mal am Tag fährt. Statt Geld für eine nicht durchdachte Einmalmaßnahme auszugeben, sind nachhaltige Investitionen in den Aufbau eines kapazitätsgerechten ÖPNV notwendig, der endlich auch eine nutzergerechte Erschließung der Regionen miteinbezieht. Nur so wird man das Ziel erreichen, dass Menschen nachhaltig auf den ÖPNV umsteigen.

Gerade die geplante Umsetzung des 9-Euro-Tickets zeigt, dass mit viel Geld durch das Maßnahmenpaket tatkräftiges Handeln demonstriert werden soll, letztlich aber in Aktionismus verfallen wird, statt durchdacht zu handeln. Wir brauchen keine kurzfristigen Strohfeuer, sondern eine nachhaltige Wende bei unserem Energieverbrauch. Die Energiewende wird nur dann zum Erfolg, wenn dauerhaft wirkende Energiesparmaßnahmen gefördert und ärmere Haushalte dabei mit einem Klimageld grundlegend abgesichert werden.

Alfred Eibl ist Mitglied in der AG Finanzmärkte und Steuern und im Koordinierungskreis von Attac.



Großdemos für den Frieden, Foto: Philip Eichler



Ölkonzerne zur Kasse!, Foto: Alexander Mühlhausen

Termine unter:
attac.de/veranstaltungen

Rückblick

24. Februar 2022

Attac verurteilt Angriff Russlands auf die Ukraine

In einer öffentlichen Erklärung verurteilt Attac die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine. Denn: Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung.

25. Februar 2022

Urteil: Aktionsverbot beim G20 in Hamburg war rechtswidrig

Das Verbot der Attac-Aktion »Freihandel Macht Flucht« beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg war rechtswidrig. Mit diesem Urteil des Hamburger Verwaltungsgerichts steht die Praxis großflächiger Demonstrationsverbotszonen in Frage.

26. Februar 2022

Attac-Projekt »Globalisierungskritik fortschreiben« nimmt Fahrt auf

»Globalisierungskritik fortschreiben und für Attac wirksam machen«: Mit diesem Projekt will das Netzwerk die seit seiner Gründung veränderten politischen Herausforderungen breit diskutieren und sein inhaltliches Profil nachschärfen. Den Auftakt macht ein gut besuchtes Online-Treffen zum Themenkomplex Klimakrise, Ökologie und Artensterben.

27. Februar 2022

500.000 Menschen demonstrieren in Berlin für Frieden

Eine halbe Million Menschen geht in Berlin gegen den Krieg in der Ukraine und für ein Europa der Abrüstung, der Entspannung und der Verständigung auf die Straßen. Zu der Demonstration aufgerufen hat ein breites Bündnis, dem auch Attac angehört.

28. Februar 2022

Attac warnt: Aufrüstung beendet keine Kriegsgefahr

Attac warnt vor dem Wiedereinstieg in die Rüstungsspirale des Kalten Krieges. Statt in Waffen sind Investitionen in regenerative Energien nötig. Und: Deutschland und die EU müssen alle Geflüchteten aufnehmen, nicht allein die aus der Ukraine.

10. März 2022

Vorschlag für neue UN-Steuerkonvention

Die Global Alliance for Tax Justice (GATJ) und Eurodad veröffentlichen einen Entwurf für eine UN-Steuerkonvention. Attac arbeitet im Netzwerk Steuergerechtigkeit mit, dem deutschen Ableger der GATJ.

13. März 2022

Großdemos in fünf Städten für den Frieden

Etwa 125.000 Menschen demonstrieren in Hamburg, Frankfurt, Leipzig, Stuttgart und Berlin für Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und Frieden. Aufgerufen hat das Bündnis »Stoppt den Krieg«, dem auch Attac angehört.

15. März 2022

CETA: Karlsruhe weist Klagen zurück, bestätigt aber Zweifel

Das Bundesverfassungsgericht weist die Verfassungsbeschwerden gegen das EU-Kanada-Abkommen CETA zurück. Zugleich äußern die Richter*innen Zweifel, ob das Grundgesetz die Übertragung von Hoheitsrechten auf Schiedsgerichte erlaubt.

19. März 2022

Feministische Globalisierungs- und Kapitalismuskritik

Beim zweiten Treffen des Attac-Projekts »Globalisierungskritik fortschreiben« geht es um die Frage, was eine feministische Globalisierungs- und Kapitalismuskritik ausmacht.

23. März 2022

Themenratschlag »Klimakiller Güterverkehr«

Warum nimmt der Straßen- und Luftfrachtverkehr so stark zu und was ist dagegen zu tun? Darüber diskutieren die Teilnehmer*innen beim Attac-Themenratschlag »Güterverkehr«.

25. März 2022

Weltweiter Klimastreik: Stoppt Kohle, Öl und Gas!

Unter dem Motto »Stoppt Kohle, Öl und Gas – Stoppt den Krieg!« unterstützt Attac mit einem breiten Bündnis den Klimastreik von Fridays for Future.

29. März 2022

Webinar zu rechten Verschwörungsmythen

»Greenwashing oder große Enteignung?« Beim dritten Teil der Attac-Veranstaltungsreihe geht es um die Frage, was progressive Kritik von rechten Verschwörungsmythen unterscheidet.

29. März 2022

Urteil zu Lützerath ist Urteil gegen Klimaschutz

Das Oberverwaltungsgericht Münster gestattet RWE, das Gelände des letzten verbliebenen Bauern in Lützerath vorzeitig in Besitz zu nehmen. Große Teile des Dorfs beim Braunkohletagebau Garzweiler II sind akut vom Abriss bedroht.

4. April 2022

Ölkonzerne zur Kasse! Attac protestiert vor Rheinland-Raffinerie in Köln

»Kriegsgewinne abschöpfen – Ölkonzerne zur Kasse, Busse für die Masse!« Unter diesem Motto protestieren Attac-Aktivist*innen vor der Rheinland-Raffinerie in Köln. Sie fordern eine temporäre Sondersteuer auf die Übergewinne der Erdölkonzerne. Mit den Einnahmen sollen finanziell schwache Haushalte unterstützt und der öffentliche Verkehr ausgebaut werden.



ÖPNV braucht Zukunft, Foto: Stadt Bremen



Protest gegen Energiecharta-Vertrag, Foto: Jörg Farys

6. April 2022

Bundestag: Killerdrohnen wieder auf Tagesordnung

Mit einer Mahnwache vor dem Bundestag demonstrieren Aktivist*innen der Drohnen-Kampagne, darunter Attac-Aktive, gegen die Bewaffnung von Bundeswehdrohnen. Anlass sind die Sitzungen des Verteidigungs- sowie Haushaltsausschusses.

8. bis 10. April 2022

Frühjahrsratschlag in Frankfurt am Main

In Frankfurt kommt der Ratschlag – das Basistreffen von Attac – zusammen. Die rund 120 Teilnehmer*innen verabschieden eine kurze Erklärung zum Krieg in der Ukraine, ein umfangreiches Steuerkonzept und die Einrichtung einer Schlichtungskommission. Die Delegierten wählen die Gremien, den Koordinierungskreis und den Rat von Attac Deutschland.

4. Mai 2022

ÖPNV braucht Zukunft: Jetzt 100 Milliarden Euro bereitstellen!

Das Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft«, in dem sich auch Attac engagiert, fordert die Verkehrsminister*innen-Konferenz der Länder (VMK) auf, zeitnah 100 Milliarden Euro für die Verdopplung des ÖPNV bis 2030 bereitzustellen. Bündnis-Vertreter*innen überreichen der VMK-Vorsitzenden Maike Schäfer einen offenen Brief.

4. Mai 2022

»ECT-Dino« und eine Million Menschen protestieren gegen Energiecharta-Vertrag

Mit einer Aktion in Berlin fordern Attac und Bündnispartner den Ausstieg Deutschlands und der EU aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT): Die Aktivist*innen bauen einen neun Meter großen, aufblasbaren Dinosaurier vor dem Kanzleramt auf, der den »prähistorischen« Charakter des Abkommens symbolisiert. Im Bundeswirtschaftsministerium übergibt das

Bündnis eine Million europaweit gesammelte Unterschriften gegen den ECT.

8. Mai 2022

Starkes Zeichen für die #VerkehrswendeJetztNRW

Klimaneutral, umweltfreundlich, sozial gerecht: Unter diesem Motto demonstriert Attac mit einem breiten Bündnis in Düsseldorf für eine wirksame Verkehrswende (nicht nur) in Nordrhein-Westfalen. Tausende Teilnehmer*innen tragen die Forderung vor den Landtag.

15. Mai 2022

Die wahre Welt der Warenwelt

Mit dem breit angelegten Online-Austausch über »Die wahre Welt der Warenwelt: Analysen, Thesen, Forderungen zur Weltwirtschaft« geht das Attac-Zukunftsprojekt »Globalisierungskritik fortschreiben« in seine dritte Runde.

18. Mai 2022

Weltverkehrsforum: Widerständiger Protest und Podiumsdiskussion

Verkleidet als lebende Pakete demonstrieren Attac-Aktivist*innen zur Eröffnung des Weltverkehrsforums (ITF) in Leipzig gegen das mörderische Güterverkehrssystem und dessen Subventionierung. Mit einer Podiumsdiskussion am Abend zeigt Attac, dass es gute Alternativen zur klimaschädlichen Verkehrspolitik gibt.

25. bis 29. Mai 2022

Aktionsakademie 2022 in Darmstadt

Von Kommunikationsguerilla über Kletteraktivismus bis Blockadetraining: Nach zwei Jahren Corona-Pause ist die Attac-Aktionsakademie in Darmstadt wieder ein gut besuchter Treffpunkt für Aktivist*innen aus dem ganzen Land.

(Termine ab dem 8. Mai lagen nach Redaktionsschluss)

Ausblick

3. Juni 2022

Arbeitszeitverkürzung – Lösung für (fast) alle Probleme?!

Beim letzten Teil der Online-Veranstaltungsreihe »Am 03. für die 30« der Attac-Arbeitsgruppe ArbeitFairTeilen geht es um das Thema Zeitwohlstand.

www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/ag-arbeitfairteilen/startseite

18. bis 19. Juni 2022

Aktionstage »Mobilitätswende Jetzt«

Überall im Land engagieren sich Menschen für die Mobilitätswende. Bei den dezentralen Aktionstagen werden sie und ihre Aktionen bundesweit sichtbar. Auch viele Attac-Gruppen sind dabei.

24. bis 28. Juni 2022

G7-Gipfel? Gerecht geht anders!

Attac beteiligt sich an den Protesten gegen den G7-Gipfel in Elmau. Für den 24. Juni bereitet das Netzwerk eine Alternativkonferenz in München mit vor. Unter dem Motto »Klimakrise, Artensterben, Ungleichheit: Gerecht geht anders!« mobilisiert Attac mit einem breiten Bündnis zu einer Großdemonstration am 25. Juni in München, zu der viele tausend Teilnehmer*innen erwartet werden.

17. bis 21. August 2022

Europäische Sommeruniversität in Mönchengladbach

Lebendige Begegnungen und politischen Austausch über Grenzen hinweg verspricht die Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen (ESU), zu der Attac nach Mönchengladbach einlädt. Nahe dem rheinischen Braunkohlerevier soll die ESU auch die Vernetzung zwischen den älteren sozialen Bewegungen und der jüngeren Klimagerechtigkeitsbewegung anregen.

Über die Notwendigkeit, Bewegungen zu verknüpfen

Feministische Globalisierungskritik reloaded



Foto: attac.de

Als Attac das Laufen lernte, brauchten wir eine feministische Globalisierungskritik, um zu zeigen, dass Makroökonomie, Finanzmarkts- und Handelspolitik nicht geschlechtsneutral sind. Jetzt, wo Attac lahmt und Tendenzen der Deglobalisierung und Renationalisierung zu beobachten sind, wo der Ukraine-Krieg alle Orientierungs- und Analyseraster sprengt, ist eine feministische Perspektive ebenfalls ein absolutes Muss, wenn wir eine polit-ökonomische und sozial-ökologische Transformation anstreben. Nicht nur, dass sich globale Macht- wie auch Ungleichheitsverhältnisse ständig verändern, was aktualisierte Zeit- und Raumdiagnosen notwendig macht – auch feministische Positionen und Kämpfe haben sich entwickelt und diversifiziert.

Vor 20 Jahren haben wir gezeigt, dass die Globalisierung und die Makroökonomie auf einer binären Geschlechterordnung und einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von Produktion und Reproduktion beruhen. Jetzt sehen wir klarer, dass eine feministische Analyse stärker die Verflechtung von Gender mit anderen Ungleichheitsverhältnissen wie

Klasse, Hautfarbe und Herkunft einbeziehen und rassistische und (neo-)koloniale Strukturen von der lokalen Alltagsebene bis zur globalen Makroebene offenlegen muss.

Einige der besonders geschlechterrelevanten Themen von damals sind auch heute noch topaktuell: Ernährung und Landwirtschaft, globale Wertschöpfungsketten wie Klamottenherstellung in den Weltmarktfabriken und transnationale Sorgeketten, Finanzialisierung des Alltags durch Mikrokredite, globale soziale Rechte, Klimakrise und »FrauenundKinder« als Opfer. Die Globalisierungsverläufe haben uns Illusionen genommen: Es gibt keinen linearen Fortschritt von Frauen* und Geschlechterrechten, politischer Partizipation und Beschäftigung. Stattdessen sind Frauen* in vielen Ländern mit Anti-Feminismus und Retraditionalisierung, mit der Prekarisierung von Beschäftigung und Verlust von Land und Lebensgrundlagen konfrontiert. Der liberale Gleichstellungsansatz hat in die Falle des Business-Feminismus geführt und keine Herrschaftsstrukturen verändert. Was bedeutet Deglobalisierung für die vergeschlechtlichten,

rassifizierten und Klassenstrukturen des neo-liberalen Kapitalismus? Und was die Digitalisierung?

Neuerdings hat Covid-19 die soziale Reproduktion und Care-Arbeit verstärkt sichtbar und zum zentralen feministischen Thema gemacht. Wir sind unserer eigenen Analyse gegenüber kritischer geworden: Sind wir immer noch im binären Geschlechtermodell und in Stereotypen von »FrauenundKindern« als Opfer gefangen? Heute können wir die Querschnittsstruktur der systemischen Diskriminierung mit dem Begriff des »Othering«, als Konstruktion von »Anderen«, benennen. Das Konzept ist auch bei der Analyse von sexualisierter, rassistischer und militarisierter Gewalt hilfreich. Legen wir postkoloniale und rassistische Strukturen ausreichend offen? Wir müssen über die unterstellte Universalität von Menschen- und Frauenrechten differenzierter nachdenken. Sind wir uns über unsere eigenen Verstrickungen in den gordischen Knoten globaler Verhältnisse beispielsweise durch die imperiale Lebensweise bewusst?

Das alles zeigt deutlich: Wir brauchen eine Neuaufstellung der feministischen Globalisierungskritik. Der wichtigste Bezugsrahmen dafür sind neuere transnationale Protestbewegungen, die Wege heraus aus dem kapitalistischen, neokolonialen und rassistischen Globalisierungsmodell suchen, wie die Degrowth-Bewegung und die Right-to-say-no-Kampagne bis zu Black Life Matters. Wir können anknüpfen an die feministischen Anti-Gewalt- und Protestbewegungen von #metoo, »ni una menos« und der globalen Streikbewegung, die die Logik von Care, Solidarität und Sich-Kümmern gegen die Kapital- und Wachstumslogik und gegen die imperiale Lebensweise stellen. In der augenblicklichen komplexen Krisensituation ist es notwendig, feministische mit anti-rassistischen und anti-kolonialen Ansätzen sowie mit Klima-, Friedens-, Verschuldungs- und anderen globalisierungskritischen Bewegungen zu verknüpfen. Und wir müssen die in den letzten Jahren erstarkten identitätspolitischen Bewegungen in die Globalisierungskritik einbeziehen, um zu einem neuen feministischen Internationalismus zu kommen.

Dr. Christa Wichterich ist feministische Soziologin und wird bei der Europäischen Sommeruniversität von Attac als Referentin dabei sein.

Impfpatente

Der faule Kompromiss



Foto: Philip Eichler

Eine Pandemie ist erst vorbei, wenn sie überall vorbei ist. Seit mehreren Jahren dreht die Corona-Pandemie mit stets neuen Varianten und immer weiteren Mutationen ihre Runden um die Welt. Inzwischen sollte allen bewusst sein: Die Pandemie muss weltweit bekämpft werden. Davon sind wir jedoch weit entfernt; nach wie vor ist in vielen armen Ländern bis heute noch kein Impfstoff verfügbar, während die Bevöl-

kerung der reichen Industrienationen sehr gut versorgt ist. Ein Weg zu mehr Impfgerechtigkeit könnte deshalb sein, den Patentschutz auf Impfstoffe und Medikamente aufzuheben. Deshalb fordern auf Initiative von Südafrika und Indien mittlerweile über hundert Länder auf WTO-Ebene die Aussetzung des TRIPS-Abkommens, das die internationalen Handelsaspekte geistigen Eigentums regelt.

In mehreren Verhandlungsrunden scheiterte diese Forderung am Einspruch reicher Länder, und auch wenn einige von ihnen bereits inzwischen ihren Standpunkt geändert haben, vertritt die EU, allen voran Deutschland, weiterhin eine Blockadehaltung.

Viel Hoffnung wurde deshalb in den Kompromissvorschlag gesetzt, der von der EU, Indien, Südafrika und den USA vorbereitet werden soll. Doch gemessen an dem bereits veröffentlichten Zwischenstand des Vorschlags sind diese Hoffnungen wohl unbegründet; es deutet sich ein völlig unzureichender Kompromiss an. Zum

einen ist er viel zu kurz gefasst und bezieht sich lediglich auf Vakzine, nicht beispielsweise auf Diagnostika – dabei sind gerade die Länder, in denen es keinen oder so gut wie keinen Impfschutz gibt, besonders auf gute Testmöglichkeiten angewiesen, um gezielte Maßnahmen ergreifen zu können. Zum zweiten sieht der Kompromiss keine Vereinfachung der notwendigen Bedingungen für Produktion und Verteilung dar, sondern verkompliziert das Verfahren, obwohl jede weitere Verzögerung Menschenleben kostet. Und zum dritten bezieht sich der Kompromiss bislang nicht auf alle Länder, sondern nur auf diejenigen, die 2021 weniger als zehn Prozent der weltweiten Impfstoffdosen exportiert haben. Doch sowohl Indien als auch China sind in der Lage, große Mengen an Impfstoffen zu produzieren und würden nach dieser Regelung ausgeschlossen, ebenso wie Brasilien. An diesem Kompromissvorschlag muss dringend nachgebessert werden, wenn er wirklich helfen soll, die Pandemie zu beenden.

Stephanie Handmann zieht weiter

Mach's gut, Attac!



Foto: attac.de

Nach fast 20 Jahren Arbeit im Bundesbüro werde ich Attac im Sommer verlassen. Dieser Schritt fällt mir schwer, denn die Arbeit für Attac war für mich immer mehr als nur Brotverdienst – ich habe die Übergänge zwischen Berufstätigkeit und bewegungspolitischem Engagement nie streng voneinander abgegrenzt und mich auch persönlich stark in unser vielfältiges Netzwerk eingebracht.

Im Dezember 2002 gehörte ich zum ersten, damals achtköpfigen hauptamtlichen Büroteam. Zunächst als Gruppen- und Aktionsunterstützerin, später als Campaignerin habe ich im jungen Netzwerk gemeinsam mit Attac-Aktivist*innen mehrerer Generationen viele tolle Kampagnen organisiert und so zum Beispiel den Börsengang der Bahn mitverhindert, die Aktionsakademie aus der Taufe gehoben, die erfolgreichen Aktionen beim G8-Gipfel in Heiligendamm intensiv mitvorbereitet und vieles mehr.

2009 wurde ich nach dem Abschied von Sabine Leidig Teil der zweiköpfigen Attac-Geschäftsführung – und war ab da verantwortlich für politische Projekte, Kampagnen, Vernetzung und Großveranstaltungen wie Sommerakademien und Kongresse. Naturgemäß waren diese Jahre mit großer Verantwortung in Attac spannend, arbeitsreich und vielfältig, aber häufig auch sehr aufreibend. Deswegen freue ich mich darauf, mich ab Juli als Kampagnenleiterin bei einer Organisation in Berlin wieder voll auf Kampagnenmachen konzentrieren zu können.

Ich verlasse Attac mit mindestens einem weinenden Auge, doch gleichzeitig mit einem guten Gefühl: Das solide gewachsene Büroteam ist gut aufgestellt und arbeitet professionell, es gibt mittlerweile eine dreiköpfige und damit stabile Geschäftsführung, die auch eine Übergangszeit gut bewältigen kann. Beim Ringen um nötige organisationsinterne Positionierungen sind beim letzten Ratschlag wichtige Entscheidungen gefallen, und der inhaltliche und strukturelle Erneuerungsprozess ist auf einem guten Weg.

Ich sage danke: an das beste Büroteam der Welt, an so viele so engagierte ehrenamtliche Attacies, mit denen die Zusammenarbeit (meist) eine reine Freude war, und danke für viele Freundschaften aus dieser Zeit! Und ich danke all denen, die Attac in den letzten Jahren finanziell und ideell gefördert und uns trotz verlorener Gemeinnützigkeit weiter unterstützt haben. Denn Attac ist und bleibt wichtig auf der politischen Bühne!

Stephanie Handmann

Menschen in Attac

»Meine Sicht auf die Welt: internationalistisch und globalisierungskritisch!«



Foto: Tilo Krauter



Foto: privat

Dagmar Paternoga begleitet Attac fast von Beginn an. Sie engagiert sich vor allem bei sozialen und gesundheitspolitischen Themen in der AG Soziale Sicherungssysteme, aber auch bei Attac gegen rechts und im FLINTA*-Plenum von Attac. Wir haben mit ihr darüber gesprochen, wie sie zu Attac gefunden hat.

Dagmar, du bist seit über zwanzig Jahren in Attac aktiv – welcher Lebensweg hat dich zu Attac geführt?

Politisch engagiere ich mich schon seit 1968. Beruflich habe ich als Journalistin begonnen, war dann sechseinhalb Jahre in Sambia in der Entwicklungszusammenarbeit tätig und habe mich danach zur Sozialarbeiterin und Psychotherapeutin weitergebildet.

Auch während meines Aufenthalts in Sambia war ich politisch aktiv, hatte intensiven Kontakt zu Aktivist*innen und auch zu einer dort damals schon sehr regen Frauenszene. Auch mit dem ANC hatte ich politisch viel zu tun; der hatte in Sambia sein Hauptquartier bis zur Freilassung Mandelas.

Und wie bist du dann bei Attac gelandet?

Als ich aus Sambia zurückkam, habe ich ein politisches Betätigungsfeld gesucht. In vielen politischen Zusammenhängen fehlte mir aber die internationale Perspektive, und die damals sogenannten Dritte-Welt-Gruppen hatten häufig einen paternalistischen Blick auf die Menschen in den Ländern des Südens. Für mich war gemeinsames internationales Engagement auf Augenhöhe wichtig. Als ich auf Arte einen Beitrag über die Gründungssitzung von Attac sah, dachte ich: Genau das ist meine Sicht auf die Welt, internationalistisch und globalisierungskritisch!

Wie ging es für dich dann bei Attac weiter?

Ich bin 2001 direkt in lebhafte Diskussionen eingestiegen; als ich das erste Mal mit der Idee des Grundeinkommens konfrontiert wurde, habe ich gesagt »Ihr spinnt!«, und bei der Frauenquote auch (lacht). Solche Ansichten hatte ich damals – ich wollte doch keine Quotenfrau sein! Für Frauen in meinem Alter waren Beruf und Bildung unsere Emanzipation, und die Idee einer Quote fühlte sich an, als wolle mir da jemand meine Anstrengungen, mich zu emanzipieren, »wegnehmen«. Heute sehe ich das natürlich anders.

Inwiefern?

Ich finde die Ungleichheit zwischen Mann und Frau einen Skandal. Auch in meiner Gewerkschaft war es schwierig, weil ich oft die einzige Frau war und unheimlich kämpfen musste, feministische Forderungen auch nur anzusprechen. Mir fällt auf, dass es auch in Attac selbst den Männern, die sich dem Feminismus verbunden fühlen, schwerfällt, ihr Diskussionsverhalten so zu ändern, dass Frauen Lust bekommen, mitzudiskutieren. Die Gründung des FLINTA*-Plenums war wichtig, und deshalb bin ich auch dabei.

Dein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf sozialen Themen und Gesundheitspolitik. In den letzten Jahren warst du deshalb natürlich sehr beschäftigt.

Corona hat viele gesundheitspolitische Themen auf die Tagesordnung gesetzt. In der AG Soziale Sicherungssysteme haben wir zur Schwäche des kommerzialisierten Gesundheitswesens viel Pressearbeit gemacht, Online-Seminare abgehalten und Videoclips erstellt. Wir haben natürlich den Pflegenotstand thematisiert, der ja schon vor der Pandemie bestand, und haben

deutlich gemacht, dass die privaten Klinikkonzerne auf Kosten der Patient*innen und der Pflegekräfte agieren. Darum ging es auch bei den verschiedenen großen Fachtagungen, die wir im Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« organisiert haben. Unsere Hoffnung, dass die Politiker*innen aus dieser Pandemie die richtigen Schlüsse ziehen, hat sich aber leider nicht erfüllt.

Warum habt Ihr euch auch für die Freigabe der Patente auf Corona-Impfstoffe engagiert?

Für mich war es ein Déjà-vu. Schon 1991 hatten wir in Sambia für die Freigabe der Patente auf HIV-Medikamente gekämpft. Die Situation damals war unerträglich. Das Sterben nahm kein Ende, und kaum jemand konnte sich die teuren Medikamente leisten. Jetzt erleben wir dasselbe mit den Vakzinen – und das bei einer Pandemie, die nur global beendet werden kann. Schon aus Eigennutz hätte die EU Druck für die Patentfreigabe machen müssen! Gemeinsam mit Medico International haben wir uns deshalb gegen Impfpatente stark gemacht. Auf Medikamente sollte es grundsätzlich keine Patente geben!

Wie ist denn der augenblickliche Stand bei der Auseinandersetzung um die Patente?

Viele Länder haben in Hinblick auf die Corona-Impfstoffe gefordert, Teile des TRIPS-Abkommens, das geistigen Eigentumsrechte regelt, auszusetzen. Im Augenblick liegt auf Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) dazu ein Kompromissvorschlag auf dem Tisch. Den sehen wir kritisch. Er wirkt auf den ersten Blick wie ein Fortschritt, doch er setzt auf Freiwilligkeit der Pharmakonzerne. Und freiwillig verzichten Konzerne eben nicht auf weitere Gewinne – obwohl sie an der Pandemie schon Unsummen verdient haben.

Was wünschst du dir für die Zukunft von Attac?

Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, Globalisierungskritik zeitgemäß zu formulieren und damit mehr junge Leute zu gewinnen, die in Attac Verantwortung übernehmen. Ich fände es schön, mich zurücklehnen und einfach sagen zu können »So, jetzt macht ihr mal«. Ich bin jetzt siebzig, ich wollte eigentlich mein Kunstgeschichtestudium fortsetzen – aber ich komme einfach nicht dazu, weil bei Attac immer was los ist (lacht). Wir haben schon einige tolle junge Menschen, aber wir brauchen noch mehr davon!

Neu im Webshop

Energiecharta-Vertrag – Mythen entkräften**Mythen rund um den Energiecharta-Vertrag entkräften**

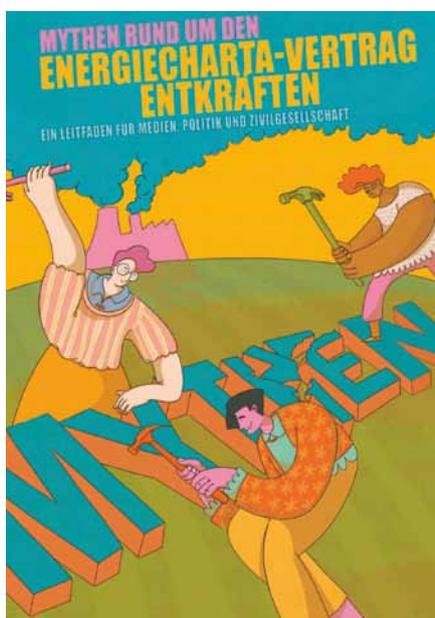
Der Energiecharta-Vertrag (Energy Charta Treaty, ECT) ist ein Investitionsabkommen für den Energiesektor und steht seit kurzem im Rampenlicht. Kein anderer Vertrag wurde so häufig von Investor*innen benutzt, um Staaten vor Schiedsgerichten zu verklagen. Der ECT schützt alle Investitionen im Energiebereich, inklusive Kohlebergbau, Ölfelder und Gaspipelines. Staatliche Interventionen, die die Profite von Investor*innen schmälern, können außerhalb normaler Gerichte vor internationalen Schiedsgerichten, die aus drei Wirtschaftsanzwält*innen bestehen, angegriffen werden. So können Regierungen gezwungen werden, enorme Entschädigungssummen zu zahlen, wenn sie einen ECT-Fall verlieren.

Der ECT schützt Investitionen in fossile Brennstoffe und blockiert Maßnahmen gegen den Klimawandel. Seit April 2020 wird in Brüssel die Modernisierung des ECT verhandelt. Am 24. Juni ziehen die Vertragsstaaten aus den Reformbemühungen Bilanz.

Diese Broschüre eignet sich für alle, die sich für Details und Hintergründe rund um diesen Vertrag interessieren.

Hrsg. von PowerShift, Attac Deutschland und anderen, Broschüre, 44 Seiten, kostenlos (Versandkosten müssen übernommen werden)

Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.



Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Judith Amler,

Jule Axmann, Frauke Distelrath,

Stephanie Handtmann, Achim Heier,

Albrecht Stöffler

Vi.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Kriegsgewinne abschöpfen – Ölkonzerne zur Kasse, Busse für die Masse!

Durch den Krieg in der Ukraine haben die Energiepreise Rekordhöhen erreicht. Die Erdölkonzerne nutzen ihre Marktmacht aus, indem sie die Preise erhöhen und ihre Gewinnmargen extrem steigern. Die Konzerne und Raffinerien tun so, als wären die gestiegenen Benzin- und Dieselpreise eine direkte Folge des Kriegs in der Ukraine. Doch ein Blick auf die Liefermengen zeigt: Es gibt aktuell keine Knappheit. Die Konzerne instrumentalisieren das Leid der Menschen in der Ukraine für ihre Mega-Profitte. Dem dürfen Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner nicht länger zuschauen. Statt der beschlossenen Steuerentlastungen bei Benzin und Diesel sollte den Kriegsgewinnen der Erdölkonzerne ein Riegel vorgeschoben werden. Statt fak-

tisch klimaschädliche Verbrennung durch die öffentliche Hand zu subventionieren, brauchen wir das Geld für den sozial gerechten und ökologischen Umbau unserer Wirtschaft! Dafür könnte eine temporäre Sondersteuer auf die Übergewinne der Erdölkonzerne sowie Raffinerien und Kraftwerksbetreiber erhoben werden. Dafür macht sich Attac stark – unter anderem mit einer Aktion vor der Rheinland-Raffinerie in Köln im April.

Unterstütze das Engagement von Attac für eine sozial-ökologische Transformation mit deiner Spende!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: Alexander Mühlhausen

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz, die unsere Gemeinnützigkeit bestätigt hatte, zurückverwiesen. In der Verhandlung im Februar 2020 unterlag Attac; eine Revision wurde vom BFH im Januar 2021 abgelehnt. Wir haben Verfassungsbeschwerden eingereicht. Leider können wir keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2202

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE